



**mouvement
écologique**

4, rue Vauban / L-2663 Luxembourg
Tél.: 43 90 30 1 / Fax: 43 90 30 43

meco@oeko.lu
www.oeko.lu

CCP LU16 1111 0392 1729 0000
BCEE LU20 0019 1300 1122 4000

29.07.2013
Paraît au moins 12 fois par an

Leif Memberen,

Dir fannt an dësem Kéisecker-Info e bes-
jen méi e langen Text wéi soss:
d'Auswertung wou mäer am Kader vun
eisem „Projet Mecoskop“ vun de Ver-
spriechen vun der Regierungskoalitioun
gemaach hunn. Mir hu gemengt, dat
wir eng wichteg Analyse, wou jiddferen
wou wëll, soll kënne kucken... wann och
nëmmen die Beräich, wou hie besonnech
interesséiert. Da fannt Dir nach eng ganz
aktuell Stellungnahm vun eiser Regional
Nordstad.

Mir wëllen lech awer virun allem
och eng ganz schéi Vakanz an en
erhuelsame Summer wënschen!

Eis Bureaux'en sinn zou vum 29. Juli
bis de 19. August 2013.



Wahlen 2013

9000 TeilnehmerInnen bei „Alles op de Vélo“!

Alle waren bester Stimmung auf dem 18. Fahrradtag, den der Mouvement Ecologique und die Lëtzebuurger Vélos-Initiative am vergangen Sonntag organisiert hatten.

Zum wiederholten Mal war die Strecke zwischen Mamer und Mersch für den motorisierten Verkehr gesperrt, das gute Wetter tat sein Übriges und lockte Groß und Klein auf die Radstrecke.

Viele hatten sich bereits sofort um 10.00 Uhr morgens auf die Strecke begeben um die 15 km von Mamer nach Mersch und/oder umgekehrt, bei noch angenehmen Temperaturen zu radeln. Die Preisträger der Stempelralley, die wieder ein großer Erfolg war, werden übrigens im nächsten „Kéisecker Info“ bekannt gegeben.

Dank der lokalen Vereine war für die Verpflegung Bestens gesorgt. Auch der Polizei sowie der Straßenverkehrswacht gehört ein großer Dank, da sie sich für einen sicheren Ablauf der Veranstaltung verantwortlich zeigen. Die Hilfe der Sponsoren *VeloCenter Goedert*, *EIDA Grénge Stroum* und *d'Post Luxembourg* sowie die finanzielle und technische Unterstützung der Gemeinden Mamer, Kopstal und Mersch trugen ebenfalls zu einem reibungslosen Ablauf des Tages bei. **Allen Beteiligten einen großen Dank!**



eko foire

EXHIBITION & CONGRESS CENTER - KIRCHBERG - LUXEMBURG

27.-29. September 2013

www.oekofoire.lu Tel. 43 90 30-1

VISITEZ ÉGALEMENT LA SEMAINE NATIONALE DU LOGEMENT

mouvement écologique oekozenner pafendall

Propose vum Mouvement Ecologique fir d'Nationalwahlen 2013

Wéi an dem virrechte Kéisecker-Info beschriwwen, hu mir an de läschten 2-3 Wochen a viller Aarbecht vu ville Leit a verschidene Gruppen eis **Fuerderungen fir d'Nationalwahlen an 17 Beräicher** erstellt. „Nachhaltige Entwicklung - EU-Politik - Demokratie - Bildung für nachhaltige Entwicklung - Landesplanung - Wohnungsbau - Gemeindepolitik - Denkmalschutz - Natur- und Landschaftsschutz - Mobilität - Energiepolitik und Klimaschutz - Wirtschaft - Landwirtschaft - Umweltpolitik - Wasserwirtschaft - Gesundheitspolitik - Reformvorschläge zur Regierungsorganisation“. *E ganz décke Merci u jiddferen wou matgeholfet huet!*

Dës Propose ginn elo un déi politesch Parteien weidergeleed, an der Hoffnung, datt Iddien vun de Parteien fir Wahlprogrammer an herno fir d'Koalitiounsopkommes opgegraff ginn.

Dir kënnt d'Virschléi um Internetsite www.meco.lu kucken an och weider Propose / Kommentaren eraginn! Fir September leien déi Virschléi dann a gedréckter Form fir.

Erstellt ginn ass awer och e **Résumé vun eisen zentralen Zukunftsvirstellungen**. Och die fannt Dir op eisem Site www.meco.lu.

Opgrond vun Remarken vu Memberen, hu mäer decidéiert amplaz engem allgemenge Memberforum - esou wéi geplangt - **zwou politesch Tables Rondes** ze organiséieren: eng zum Thema „Nohaltegkeet“ - an eng zur Thematik „Demokratie / Biergerbedeelegung“. D'Detailler wäerte mäer wéi ëmmer am Kéisecker-Info matdeelen.



Regional

Nordstad



Stellungnahme des Mouvement Ecologique

Der Nordstad-Idee endlich zum Durchbruch verhelfen!

Für viel Diskussionsstoff sorgt derzeit eine Mobilitätsstudie für die „Nordstad“. Dabei wird vor allem über die Zugtrasse Diekirch-Ettelbrück diskutiert. In einer Sitzung, zu der alle Mitglieder der Nordstad eingeladen waren, diskutierte der Mouvement Ecologique über seine Stellungnahme zum Thema. Diese Wortmeldung sieht die Mobilität im Rahmen der Gesamtentwicklung der „Nordstad“-Idee.

Die Nordstad-Idee stellt aus der Sicht des Mouvement Ecologique nach wie vor eine **hohe politische Priorität** für die zukünftige Entwicklung unseres Landes dar. Immerhin wurde das Konzept der Nordstad geboren, um u.a.

- die Lebensqualität der Einwohner zu erhöhen (besseres Angebot im kulturellen, sozialen und anderen Bereichen, dies durch eine stärkere Zusammenarbeit der Gemeinden) ;
- einer weiteren Zersiedlung der Landschaft in dieser Region entgegen zu wirken;
- neuen erschwinglichen Wohnraum und neue Arbeitsplätze zu schaffen u.a. damit Wohnen und Arbeiten näher aneinander rücken und
- die Mobilität durch eine regionale Absprache zu verbessern.

Aus diesen Gründen hat der Mouvement Ecologique seit den 90er Jahren die Idee der "Nordstad" konstruktiv mit einer Reihe von Stellungnahmen, Rundtischgesprächen und Besichtigungen vor Ort gefördert.

Neben Belval und Luxemburg-Zentrum soll in der Nordstad ein zentraler Entwicklungspol im Norden unseres Landes entstehen, dies im Sinne einer notwendigen Dezentralisierung wirtschaftlicher Aktivitäten und Dienstleistungen sowie einer Eindämmung der zunehmenden Zersiedlung des ländlichen Raumes im weiteren Umfeld.

Diese **zukunftsstragende Vision** kann aber nur durch eine enge interkommunale Zusammenarbeit der sechs Nordstad-Gemeinden mit entsprechender staatlicher Unterstützung verwirklicht werden.

Der Mouvement Ecologique stellt mit großem Bedauern fest, dass seit der Fertigstellung des sog. Masterplanes Nordstad sich sehr wenig nach außen Sichtbares getan hat. Anstelle der **ursprünglichen Aufbruchstimmung** ist vielmehr sowohl in politischen Kreisen wie auch in der Öffentlichkeit eine **gewisse Verdrossenheit** zu erkennen. Ob dies an einem mangelnden Interesse gewisser Gemeinden an einer weitergehenden Zusammenarbeit, an einer vielleicht utopischen Ausrichtung der ursprünglichen Pläne oder an einer mangelnden staatlichen Unterstützung liegt, sei dahingestellt.

Die Reaktion einer Reihe von BürgerInnen bzw. Organisationen in Zusammenhang mit der Zukunft der Eisenbahnstrecke Ettelbrück-Diekirch ist somit verständlich. "Lo wëllen se d'Eisenbahnstrecke ofschaffen, mee soss geschitt an der Nordstad nâischt am Moment", so der Tenor mancher Reaktionen.

In der Tat: wie will man Akzeptanz für die Idee der "Nordstad"

schaffen, wenn – außer der Schaffung einer gemeinsamen Aktivitätszone bzw. eines E-Carsharing Konzeptes – kaum Initiativen verwirklicht wurden / werden, welche die **Chancen und den Mehrwert einer "Nordstad"** für den Bürger sehr konkret vor Augen führen und damit **den Glauben an die Zukunft der "Nordstad" stärken**? Dies gilt sowohl für die Gemeinden, die sich mit einer verstärkten Zusammenarbeit schwer tun, wie allerdings auch für den Staat, der bis dato keine entscheidenden Akzente gesetzt hat – mit Ausnahme des Umbaus des Bahnhofs Ettelbrück bzw. (z.T. problematischer) Straßenbauprojekte –. Ganz anders sah das Engagement des Staates beim Projekt Belval im Süden des Landes aus! Hinzu kommen Pläne, die im Widerspruch zu den Zielen der Nordstad stehen, wie z.B. der geplante Standort der Ackerbauschule in Gilsdorf.

Wer **kurzfristig** eine verstärkte Akzeptanz für die Nordstad-Idee schaffen möchte, muss also dafür Sorge tragen, dass das Konzept mit Leben gefüllt wird und konkrete gemeinsame Projekte realisiert werden. Die Nordstadgemeinden sind hier mit dem Nachhaltigkeitsministerium gefordert, endlich wieder für eine neue Dynamik zu sorgen. Notwendig ist zudem eine **offene(re) Diskussion über die Ursachen bzw. Hemmschwellen**, die einer verstärkten kurzfristigen Zusammenarbeit der Gemeinden im Wege stehen.

Dass der Organisation der Mobilität sowie der Siedlungsentwicklung eine zentrale Rolle zukommt, liegt auf der Hand :

Das **Angebot des öffentlichen Transports** muss **kurzfristig** den **konkreten Bedürfnissen der Bevölkerung** angepasst werden. Eine ganze Reihe von Maßnahmen zur Förderung der Attraktivität könnten ohne Weiteres jetzt schon in die Wege geleitet werden. (Fahrplananpassungen, Vorrangschaltungen für Busse, Erhöhung der Pünktlichkeit, Takterhöhung zu den Stoßzeiten, bessere Erschließung von Wohnvierteln und Industriezonen, Auffangparkings am Rande der Nordstad, usw.)

Diese Maßnahmen nicht oder nicht schneller in die Wege leiten zu wollen – mit dem Hinweis auf die fehlende Grundsatzentscheidung zur Eisenbahnstrecke – ist eine Vortäuschung falscher Tatsachen! So müssten z.B. die Bus-Zugkorrespondenzen in Ettelbrück, die bislang nur in der Fahrplan-Theorie funktionierten, zuverlässiger aufeinander abgestimmt werden.

Die Erstellung eines Mobilitätskonzeptes, so wie es derzeit unter der Federführung des Nachhaltigkeitsministeriums, gemeinsam mit den Nordstad-Gemeinden erstellt wurde, ist in diesem Kontext sonder Zweifel begrüßenswert. Der Mouvement Ecologique bedauert jedoch zutiefst, dass das Nachhaltigkeitsministerium bis dato das Resultat dieser Studie der Bevölkerung nicht vorgestellt

hat und öffentlich und kontradiktorisch mit den BürgerInnen diskutiert werden konnte. Und dies, obwohl die Vorgaben zur Studie im Frühjahr 2012 in einem Bürgerforum in Colmar-Berg diskutiert wurden. Die **fehlende Dialogbereitschaft des Nachhaltigkeitsministers** hat ohne Zweifel auch zu den aktuellen Spannungen beigetragen.

Der Mouvement Ecologique und seine Regionale Nordstad treten für ein Konzept ein, das auf folgender Vorgabe fußt : Der **Erhöhung des Anteils des öffentlichen Transportes** bzw. der "mobilité douce" sowohl innerhalb der "Nordstad" wie auch in Zusammenhang mit den umliegenden Gemeinden muss eine **absolute Priorität** eingeräumt werden.

Bei der zukünftigen Gestaltung der Mobilität und damit verbunden der **Wahl des öffentlichen Transportträgers** zwischen Ettelbrück und Diekirch (Eisenbahnstrecke, Buskorridor, Tram...) muss die **bestmögliche Lösung** gewählt werden, die

- einerseits einen Mehrwert für die aktuellen und potentiellen Kunden des öffentlichen Transportes mit sich bringt und
- andererseits die Entwicklungsmöglichkeiten und -chancen der Nordstad unterstützt und nutzt.

Es ist somit im Interesse der (heutigen und zukünftigen) EinwohnerInnen der Region, in aller Offenheit zu klären, welcher Transportträger diesen Zielen am Besten gerecht wird. Ein einzelner Transportträger – so wichtig er auch sein mag – stellt per se keinen Selbstzweck dar, sondern steht im Dienste einer möglichst grossen Zahl von Menschen und der Entwicklungschancen der ganzen Region.

Laut Studie würde die sehr breit gefasste Reorganisation des Busnetzes – mit der Verwirklichung eines separaten und durchgehenden Buskorridors mit staufreien Zufahrten – es erlauben, ein besseres Transportangebot anzubieten, das Hand in Hand geht mit einer Erhöhung der Attraktivität des Langsamverkehrs (zu Fuß gehen und Fahrradfahren). Diese Schlussfolgerung erfolgt jedoch unter der ausdrücklichen Voraussetzung, dass sich die Nordstad nach den Zielen des Masterplans entwickeln soll.

Die mittelfristige Beibehaltung der aktuellen Zugstrecke würde, laut Studie, die Umsetzung der zentralen Achse zwischen Ettelbrück und Diekirch – so wie sie derzeit geplant ist – z.T. in Frage stellen. Trotz einer höheren Siedlungsdichte, wären zudem weniger potentielle Haltestellen möglich und die aktuellen Bahnübergänge müssten durch Brücken ersetzt werden. Die meisten Schulen befänden sich im Übrigen am Campus Merten in Diekirch und ggf. auf der Anhöhe in Gilsdorf, demnach außerhalb des aktuellen Einzugsbereiches der Bahn. Möchte man zudem – aus nachvollziehbaren Gründen – einen Parallelverkehr Schiene / Bus auf dieser Strecke vermeiden, so sei ein verstärktes Umsteigen notwendig.

Eine Tram dagegen könnte die Schüler bis zu den Schulen bringen; es würden keine Brücken zum Überqueren der Gleise benötigt, es könnten zahlreiche Haltestellen zwischen Gilsdorf und Bissen bedient werden. Die Studie hat allerdings gezeigt, dass die Tram sogar mittelfristig zu kostspielig wäre, da in ihrem Einzugsgebiet nicht genügend Menschen leben und arbeiten.

Die **aktuelle Polarisierung "pro oder kontra Bahn" ist in den Augen des Mouvement Ecologique der weiteren Entwicklung der Nordstad-Idee nicht zuträglich.**

Die **Grundfrage ist vielmehr folgende: Stehen die Gemeinden und der Staat noch zur zentralen Idee der Nordstad? Sind sie bereit Zeit, Ideen und Geld darin zu investieren? Falls ja, dann sollten endlich im Sinne der Nordstad-Idee konkrete Projekte vor Ort umgesetzt werden. Dazu sollte u.a. ein – auch finanzielles – Engagement seitens des Staates im Koalitionsabkommen der zukünftigen Regierung festgeschrieben werden.**

Betreffend die **Mobilitätsplanung** gilt es einen Konsens aufgrund **rationell nachvollziehbarer Argumente** zwischen allen Akteuren zu finden. Im Sinne einer **partizipativen Vorgehensweise** sollte deshalb von dem neuen Landesplanungs- bzw. Transportminister eine **extern moderierte Nordstad-Konferenz mit allen Akteuren einberufen werden und danach eine politische Entscheidung für den System-Entscheid getroffen werden.**

Regierungsbilanz im Fokus

Mecoskop

Regierungsbilanz in Sachen „nachhaltige Entwicklung“: ein ernüchterndes Fazit

„Mecoskop“: Rück- und Ausblick aus der Sicht des Mouvement Ecologique

Zu Beginn der nun zu Ende gehenden Legislaturperiode hat der Mouvement Ecologique 99 Versprechen dieser Regierung aus ihrem eigenen Koalitionsabkommen im Bereich „nachhaltige Entwicklung“ in das sogenannte „Mecoskop“ übernommen. Diese Versprechen, welche die CSV-LSAP Regierungsmannschaft einging, um die nachhaltige Entwicklung voranzutreiben, wurden 2009 in einer speziellen Internet-Seite www.mecoskop.lu übernommen.

Neben den Auszügen aus dem Koalitionsabkommen wurde deren Bedeutung, wie auch der Stand der Umsetzung in 4 Stufen dargestellt: nicht angegangen – erste Schritte unternommen – in der Umsetzung weit fortgeschritten – umgesetzt.

Der Mouvement Ecologique wertet den Umsetzungsgrad der Versprechen mit der größtmöglichen Objektivität, jedoch aus seiner Sicht als Nicht-Regierungsorganisation. Wobei nicht ausgeschlossen werden kann, dass in einem Ministerium vielleicht die eine oder andere Initiative ergriffen wurde, die nach außen nicht bekannt ist. Leichte Nuancen in der Bewertung dürften jedoch nichts an der grundsätzlichen Analyse des Standes der Umsetzung des Abkommens ändern.

Eigentlich hatte der Mouvement Ecologique geplant, die Regierung aufzufordern, im verbleibenden Jahr dieser Legislaturperiode die noch ausstehende Umsetzung von Koalitionsaussagen zu verwirklichen. Dies ist nun angesichts der vorgezogenen Wahlen nicht mehr in dieser Form möglich.

Trotzdem hat sich der Mouvement Ecologique entschieden, die Bilanz der Umsetzung der Regierungsversprechen, die im Mecoskop aufgenommen wurden, zu veröffentlichen und zu kommentieren. Dies aus verschiedenen Gründen:

- Es steht den BürgerInnen zu und es entspricht dem Selbstver-

ständnis des Mouvement Ecologique, über die geleistete oder nicht geleistete Regierungsarbeit informiert zu werden / zu informieren.

- Die Analyse des Mecoskop erlaubt einerseits Bilanz zu ziehen und andererseits konkrete Anregungen für die nächste Legislaturperiode zu formulieren.
- Und nicht zuletzt: das Mecoskop sollte auch ein Signal an politisch Verantwortliche richten, dass sie auf ihre gemachten Versprechen hin überprüft und gewertet werden.

Im September wird der Mouvement Ecologique seine Wahlvorschläge veröffentlichen, z.T. basierend auf der Analyse des Mecoskop.

Eine gemischte und letztlich unbefriedigende Bilanz

Zu behaupten, es wäre im Laufe der zu Ende gehenden Legislaturperiode in Sachen „Nachhaltigkeit“ nichts geschehen, wäre sicher falsch. Und doch ...

- 13 Koalitionsversprechen im Bereich „Nachhaltigkeit“ wurden integral umgesetzt;
- 29 Versprechen befinden sich in einer fortgeschrittenen Umsetzungsphase;
- die Mehrzahl der Koalitionsversprechen – 48 – also quasi die Hälfte – befindet sich lediglich in der ersten Phase der Umsetzung;
- ein Sechstel der 99 Maßnahmen (13) wurden seitens der Regierung nicht angegangen.

Auch wenn man die Verkürzung der Legislaturperiode aufgrund

der vorgezogenen Wahlen berücksichtigen sollte und die getanen Arbeiten würdigen muss: die Gesamtbilanz der Regierung ist – im Vergleich zu ihren eigenen Vorgaben im Bereich der nachhaltigen Entwicklung – eindeutig als ungenügend einzustufen. Wobei alle betroffenen Regierungsmitglieder sich dieser Kritik stellen müssen...

Ein Fakt sei jedoch hervorgehoben: In der vorliegenden Analyse werden nur jene Minister berücksichtigt, die gemäß Koalitionsabkommen in der Verantwortung stehen, spezifische Maßnahmen auf der Ebene der nachhaltigen Entwicklung umzusetzen. Dass die Regierung in anderen Ressorts z.B. des Finanz- oder des Mittelstandsministeriums keine nachhaltigkeitsrelevanten Aspekte im Koalitionsabkommen vorsah, fließt somit nicht in die Analyse ein. Gerade auch in diesen Ministerien hätten Schritte im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung unternommen werden können... Es bleibt zu hoffen, dass dieser Umstand in den Wahlprogrammen der Parteien sowie von der neuen Regierung erkannt wird.

Anmerkung: Die Einschätzung ob ein Regierungsversprechen in der 2ten oder 3ten Phase der Umsetzung ist, fällt nicht immer leicht. Z.B. der Ausbau des öffentlichen Transportes: Sicherlich, Verschiedenes wurde in die Wege geleitet, aber die Mehrzahl der Projekte befindet sich in Planung (Mobilitätskonzepte in Regionen, Reorganisation des Busnetzes). Insofern wurde die Bewertung so korrekt wie möglich aufgrund der genauen Regierungsaussage durchgeführt.

Die Erklärung zu den verschiedenen Stufen der folgenden Illustrationen (Politiker), finden Sie auf Seite 7

Analyse der verschiedenen Politikbereiche aus Sicht des Koalitionsanspruches im Bereich „Nachhaltige Entwicklung“

Nachhaltige Entwicklung: keine reellen Fortschritte

Auch in diesem Bereich fiel das Koalitionsabkommen – was die großen Leitlinien betrifft – recht bescheiden aus. So wurde die Erstellung eines nationalen Aktionsplanes vorgesehen, ebenso wie die Einführung eines „Klimacheck“ für alle Regierungsentscheidungen.

Der nationale Plan „Für ein nachhaltiges Luxemburg – für mehr Lebensqualität“ wurde zwar von einer interministeriellen Arbeitsgruppe erstellt, war jedoch nie Gegenstand einer realen politischen Debatte... sein Impakt in der alltäglichen politischen Praxis ist de facto nicht gegeben. Die Einführung des im Koalitionsabkommen angeführten Klimachecks wurde nicht vorangetrieben, da die Arbeiten des Nachhaltigkeitsrates über das Konzept eines generellen „Nachhaltigkeitscheck“ für alle Regierungsentscheidungen abgewartet werden sollten.

So „dümpelt“ das Thema vor sich hin. Eigentlich ein Ausdruck für den doch eher geringen Stellenwert, den diese Regierung solchen gesellschaftlichen Grundsatzfragen und u.a. der Integration des Konzeptes der nachhaltigen Entwicklung in die sektoriellen Politikbereiche einräumte...

Der Mouvement Ecologique erwartet von den Parteien konkrete Aussagen darüber, auf welche Art und Weise sie die Fragen nach einer nachhaltigen Zukunftsentwicklung Luxemburgs diskutieren bzw. die Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung konsequent in den politischen Alltag integrieren wollen.

1. Erstellung und Umsetzung eines neuen Nachhaltigkeitsplanes



59. Einen Klimacheck für Regierungsentscheidungen einführen



Demokratie: ein eindeutiges Vollzugsdefizit unter der Verantwortung des Staatsministers

Die wenigen Instrumente, die im Rahmen des Koalitionsabkommens im Demokratiebereich angeführt werden – und primär unter die Verantwortung des Staatsministers fallen – wurden nicht bzw. kaum angegangen.

Förderung der direkten Demokratie „initiative populaire“ und Referendum: keine Initiative!

Verabschiedung eines neuen Gesetzes betreffend die Verbesserung des Zugangs zu Informationen: vor einigen Wochen wurde zwar endlich ein erster Entwurf eines diesbezüglichen Gesetzesprojektes deponiert, jedoch wurde er bis dato von allen Akteuren die sich zu Wort meldeten – auch vom Mouvement Ecologique – als äußerst unzureichenden Wurf kommentiert. Die Kommentare gehen von „Gesetzesprojekt gänzlich zurückziehen“ (Arbeitnehmerkammer) bis zu „grundsätzlich überarbeiten“. Der Gesetzesentwurf wurde bis jetzt weder in der Abgeordneten-kammer noch mit der Zivilgesellschaft besprochen.

Weitere Zusagen zur Förderung der Demokratie waren im Koalitionsabkommen nicht vorgesehen. Um so bedauernswerter, dass die wenigen, welche sich diese Regierung vorgenommen hatte, nicht umgesetzt wurden.

Auch der sog. „Zukunftstisch“ – der immer wieder vom Staatsminister versprochen wurde (er war jedoch nicht im Koalitionsabkommen angeführt) – wurde nicht einberufen.

Gerade die Themen Demokratie, Partizipation, Transparenz der Entscheidungen schälen sich immer mehr als zentrale Herausforderungen unserer Gesellschaft im 21ten Jahrhundert heraus – dies nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der derzeitigen Debatten und der augenscheinlichen institutionellen Krise. Dass die Regierung gerade hier keine entscheidenden Akzente setzen konnte, ist wohl als besonderes Manko dieser Legislaturperiode zu vermerken.

Zentralstes Thema zukünftiger Politikgestaltung müsste die Stärkung der Bürgergesellschaft und eines transparenten, offenen Staates sein! Dieses oberste Regierungsprinzip sollte als Maxime für die anstehenden Wahlprogramme und Herausforderung für die neue Regierung gelten.

Insofern erwartet der Mouvement Ecologique, dass sich Regierung und Parteien (auch im Wahlkampf) zu ihrer Sicht des Verhältnisses Staat / Bürger sowie den Bürgerrechten äußern sowie deutlich machen, inwiefern sie unser Land demokratischer und bürgernäher gestalten wollen.

Dass hierzu eine kurzfristige Reform eines weit gefassten Informationsrechtes gehört, liegt auf der Hand! Dass ebenso die Debatte über die Zukunftsgestaltung Luxemburgs eine neue Qualität erhalten muss, ebenfalls.

2. Förderung der direkten Demokratie: „Initiative populaire“ und Referendum gewährleisten



3. Zugang zu Informationen verbessern



Aktualitéit

Landesplanung: Begrenzte Politikgestaltung in Erwartung der Reform des Landesplanungsgesetzes

Die zu Ende gehende Legislaturperiode war gekennzeichnet durch das Warten auf die Verabschiedung des neuen Landesplanungsgesetzes ... und durch die Aussage, erst nach dessen Votum könnten die für die Entwicklung des Landes so bedeutungsvollen sektoriellen Pläne vorgestellt werden.

Wer den Eindruck vermittelt, so wie Minister Claude Wiseler dies tat, als ob ohne neues Gesetz eine konkrete Landesplanung kaum möglich sei, mindert auf dramatische Art und Weise deren Stellenwert.

Diese Analyse wird dadurch bekräftigt, dass eine Vielzahl der angeführten Versprechen im Koalitionsabkommen nicht angegangen wurden. Einige Beispiele:

Das „Programme directeur de l'aménagement du territoire“ wurde nicht, wie versprochen, überarbeitet; die Idee der Regionalpläne wurde ad acta gelegt; Fördermittel für Gemeinden wurden nicht transparenter gestaltet (Resultate einer scheinbar eingesetzten Arbeitsgruppe sind nicht bekannt); der Regionalfonds wurde nicht angegangen; die Schaffung von „communautés urbaines“ kaum besprochen... Akzente für die Entwicklung der „Nordstad“ wurden von staatlicher Seite kaum gesetzt, auch sind die Resultate der regionalen Zusammenschlüsse von Gemeinden – z.T. aufgrund ungenügender staatlicher Vorgaben – als eher bescheiden anzusehen.

Positives Element ist aber ohne Zweifel z.B. die Tatsache, dass eine weitere Dezentralisierung staatlicher Aktivitäten ins Auge gefasst wurde.

Ein Monitoring der Landesplanung wurde erstellt ... und dieses ist sehr aufschlussreich: zeigt es doch auf beeindruckende Art und Weise auf, dass wir derzeit unsere landesplanerischen Ziele verfehlen und statt einer Konzentration der Siedlungsentwicklung auf zentrale Orte eine regelrechte Zersiedlung u.a. auch der ländlichen Regionen erfolgt... Jedoch gewann man den Eindruck, als ob das Ministerium bzw. Minister Claude Wiseler alles unternahm, damit die (kritische) Bestandsaufnahme nicht zu sehr bekannt würde. Oder wie sonst ist es zu deuten, dass keine Öffentlichkeitsarbeit erfolgte und der Minister auch dem Mouvement Ecologique eine öffentliche Vorstellung de facto verwehrte?

Insofern ist die Bilanz der Arbeit des Ministers Claude Wiseler im Bereich der Landesplanung als doch eher enttäuschend und nicht zufriedenstellend zu werten. Es reicht nicht aus, in einer Legislaturperiode vor allem auf die Notwendigkeit der Verabschiedung eines neuen Gesetzes zu verweisen (das zudem unter der vorherigen Regierung angegangen wurde)! Wobei dieses nun aber immerhin – quasi im Endspurt – noch verabschiedet werden konnte...

Warum hat der Minister nicht mit Engagement die Leitlinien der Landesplanung in wichtigen Dossiers vertreten? Warum hat er nicht aufgrund der besorgniserregenden Resultate des Monitorings eine Diskussion über die Umsetzung der Ziele der Landesplanung in die Wege geleitet? Warum konnten nicht – im Vorfeld des neuen Gesetzes – zumindest die Leitlinien der sektoriellen Pläne in aller Offenheit mit Gemeinden und anderen Akteuren diskutiert werden? Warum wurden die Anreize für eine verstärkte Zusammenarbeit von Gemeinden nicht auch auf finanzieller Ebene erhöht?

Ein Problem der Landesplanung besteht ohne Zweifel darin, dass das Ministerium nicht über ausreichend Personal verfügt und auch die Zusammenarbeit mit Gemeinden sicherlich nicht immer einfach ist, aus welchen Gründen auch immer.

In der nächsten Legislaturperiode gilt es die Landesplanung – vor allem auch angesichts des Siedlungsdrucks – als oberste Priorität zu definieren, ihre demokratische Legitimität zu stärken und gemeinsam mit allen Akteuren u.a. den Gemeinden anzugehen. Eine ausschließlich „top down“-orientierte Landesplanung dürfte auch auf erhebliche Akzeptanz-Probleme stoßen...

Eine breite Diskussion über die Umsetzung der

Landesplanungsziele sowie eine ehrliche und offene Debatte über die sektoriellen Pläne müssten erklärte Ziele der neuen Regierung, sowie auch ein zentrales Thema im Wahlkampf sein. Prägt doch die Gestaltung des Landes aus räumlicher Sicht in erheblichem Ausmaß die Lebensqualität der Menschen, ebenso wie die Chancen der ökonomischen Entwicklung.

4. Reform des Gesetzes betreffend die Landesplanung durchführen



5. «Programme Directeur» der Landesplanung überarbeiten



6. Inkraftsetzen der sektoriellen Pläne der Landesplanung



7. Erstellung von Regionalplänen



8. Fördermittel für Gemeinden transparent darlegen



9. Schaffung von Regionalfonds angehen



10. Prioritäre Förderung der «centres de développement et d'attraction»



11. Dezentralisierung staatlicher Aktivitäten gewährleisten



12. Komplementäres Vorantreiben der vier städtischen Entwicklungszentren



13. Revitalisierung der Industriebrachen konkretisieren



14. Schaffung von «communautés urbaines» / Durchführung der «Réforme territoriale»



15. Naturparkidee als nachhaltiges regionales Entwicklungsinstrument vorantreiben



16. Naturparkidee auch grenzüberschreitend vorantreiben



17. Gewährleistung eines Monitorings der Entwicklung Luxemburgs aus landesplanerischer Sicht



Denkmalschutz: Hinweis auf kommunale Verantwortung allein genügt nicht!

Das Mecoskop enthält im Bereich Denkmalschutz nur eine einzige Maßnahme, die wie folgt beschrieben werden kann: „einen proaktiven Denkmalschutz vorantreiben“. Es mag auf den ersten Blick vielleicht etwas vermessen erscheinen, die Arbeit auf der Ebene des Denkmalschutzes während einer Legislaturperiode aufgrund eines einzelnen Punktes zu kommentieren. Wohl wurden die Gemeinden in dieser Legislaturperiode auf begrüßenswerte Art und Weise auf die kommunale Verantwortung im Bereich Denkmalschutz hingewiesen, dies vor allem im Rahmen der Erstellung der neuen Flächennutzungspläne. Auf staatlicher Ebene wurde diese Verantwortung aber kaum übernommen: die notwendige Reform des Denkmalschutzgesetzes, die Erstellung von auf nationaler Ebene nachvollziehbaren Kriterien für schützenswerte Güter u.a.m. lassen weiter auf sich warten: das Ministerium wurde nicht aktiv. Demnach: keine zufriedenstel-

lende Arbeit unter der Federführung der zuständigen Ministerin Octavie Modert.

Was zu erwarten wäre? Dass endlich Nägel mit Köpfen betreffend der Reform des Denkmalschutzgesetzes gemacht würden! Dass sich auf den Wert unserer natürlichen und kulturellen Güter besonnen wird und diese auch den ihnen zustehenden Schutz erhalten. Eine nachhaltige Entwicklung zeichnet sich auch durch einen angemessenen Umgang mit seiner Geschichte und den kulturellen und natürlichen Ressourcen aus.

24. Proaktiven Denkmalschutz vorantreiben



Naturschutz: wichtige Akzente, jedoch noch unzureichende Prioritätensetzung und Anerkennung seitens der Regierung

Der Naturschutzbereich ist einer jener Sektoren, in welchem im Koalitionsabkommen die meisten Versprechen gemacht wurden. Diese wurden auch angegangen.

Integral umgesetzt wurde z.B. die Reform des Jagdgesetzes sowie das Monitoring der Maßnahmen im Naturschutzbereich.

Einige Maßnahmen befinden sich lediglich in der ersten Phase der Umsetzung, wie z.B. die Fortführung der äußerst relevanten Arten- und Habitatprogramme, der Flächenaufkauf von Naturschutzgebieten...

Es befindet sich jedoch eine Vielzahl an Maßnahmen in einer fortgeschrittenen Phase: von der Umsetzung des so wichtigen Aktionsplanes Naturschutz, der Erstellung des Biotopkatasters, der Einführung eines Kompensierungssystems, der Ausweisung von 5% der Waldfläche als Naturwald bis hin zum Ausbau der biologischen Stationen...

Und doch: die Bilanz der Umsetzung (auch wenn sie noch nicht in allen Hinsichten befriedigend sein kann) kann jedoch – im Verhältnis zu anderen Politikbereichen – als doch recht gut bezeichnet werden. Allerdings steht dieser Befund im krassen Widerspruch zum Zustand der Biodiversität vor Ort. Hier ist ein weiterer dramatischer Verlust an Arten und Biotopen feststellbar ... Unterschiedliche Faktoren sind für diesen Verlust anzuführen: im landwirtschaftlichen Bereich hat sich leider – trotz vieler Bemühungen – die Erkenntnis der Bedeutung des Naturschutzes noch nicht ausreichend durchgesetzt. Aber auch das Nachhaltigkeitsministerium bzw. die Naturverwaltung selbst setzen nicht immer die richtigen Prioritäten. Auch ist der Druck auf den Naturraum derart stark, dass einzelne gut gemeinte Projekte dessen Auswirkungen kaum abfedern können.

Insofern also eine gemischte Bilanz: ja, Regierungsversprechen wurden vom delegierten Minister Marco Schank verstärkt und mit Konsequenz angegangen; aber es fehlt noch in starkem Ausmaß an Schlagkraft gegenüber anderen Politikbereichen und der notwendigen Einhaltung der Prioritäten des nationalen Naturschutzplanes.

Die neue Regierung müsste in Entscheidungen im Bereich der Siedlungsentwicklung, der Landwirtschafts- und Forstpolitik u.a.m. den Wert der Biodiversität anerkennen. Nebst diesem Grundbekenntnis zur Bedeutung des Naturschutzes und dessen Stellenwert steht die kurzfristige Umsetzung einer langen Liste an bedeutenden Maßnahmen an: die Verabschiedung des neuen Naturschutzgesetzes, die Schaffung von Flächenpools, die Gründung weiterer „biologischer Stationen“ sowie eine Debatte über den Stellenwert des Naturschutzes in der Agrarlandschaft. Unerlässlich ist aber auch die Validierung des sektoriellen Planes „geschützte Landschaften“, dies mit konkretem verbindlichem Rechtsstatus für die Biodiversität.

25. Umsetzung des Nationalen Aktionsplanes „Naturschutz“ gewährleisten



26. Fortführung und Umsetzung der Arten- und Habitatschutzprogramme sicherstellen



Mecoskop

27. Umsetzung des Entwurfes des sektoriellen Planes "Geschützte Landschaften"



28. Einführung eines Kompensierungssystems als Ausgleich für Eingriffe in Natur und Landschaft



29. Ausweisung von 5 Prozent der Waldfläche als Naturwald vorantreiben



30. Biotopkataster erstellen und Artikel 17



31. Gewährleistung einer Reform des Jagdgesetzes



32. Landesweiten Ausbau der biologischen Stationen gewährleisten



33. Flächenaufkauf von Naturschutzgebieten vorantreiben



34. Für einen verstärkten Naturschutz in der Agrarlandschaft



35. Monitoring der Maßnahmen im Naturschutzbereich gewährleisten



36. Mehr Transparenz und zügige Bearbeitung von Naturschutzgenehmigungen



37. Flächenpool als Kompensierung für Eingriffe in die Natur anlegen



Gemeindepolitik: Stagnation unter der Verantwortung des Innenministers

Schon fast beschämend ist die mangelnde Umsetzung des Koalitionsabkommens im Bereich „Gemeindepolitik“ seitens Minister Jean-Marie Halsdorf. Die bereits in mehreren Koalitionsverträgen angekündigte Reform der Gemeindefinanzen fand nicht statt, ja wurde nicht einmal hinreichend vorbereitet. Staatliche Subventionen an Gemeinden wurden nicht transparenter gestaltet, staatliche Gelder nicht verstärkt an regionale Kriterien geknüpft oder gar ein Regionalfonds geschaffen. Immerhin wurde, so wie im Koalitionsabkommen angemerkt, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf der Ebene von Belval angegangen.

Somit eine völlig unbefriedigende Bilanz...

Einzelne Initiativen anderer Ministerien, wie z.B. die Schaffung eines Klimapaktes mit den Gemeinden seitens des Nachhaltigkeitsministeriums, sind durchaus begrüßenswert, können dieses gravierende Defizit auf der Ebene des Innenministeriums aber nicht beheben. Die Bilanz von Minister Jean-Marie Halsdorf jedenfalls ist doch recht problematisch.

Wer „simplification administrative“ sagt, bessere und zügigere Prozeduren als Ziel hat, kommt nicht umhin, die Arbeitsweise und die „gouvernance“ des Innenministeriums sehr kritisch zu hinterfragen. Eine grundsätzliche Reform dieses Ministeriums drängt sich auf! Die wirklich strukturellen Reformen und relevanten kommunalpolitischen Dossiers müssen endlich angegangen werden und nicht immer nur als Versprechen sukzessiver Koalitionsabkommen figurieren, so z.B. die Reform der Gemeindefinanzen und die Einbeziehung regionaler Kriterien bei den staatlichen Zuschüssen für Gemeindeprojekte.

18. Reform der Gemeindefinanzen angehen



19. Staatliche Subventionen an Gemeinden transparenter gestalten



20. Staatliche Gelder an regionale Kriterien knüpfen und Regionalfonds schaffen



21. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit „Belval“ konsequent angehen



64. Förderung energieeffizienter Bauten in Gemeinden sicherstellen



65. Integration ökologischer Kriterien in Flächennutzungsplänen gewährleisten



66. Klimapakt Staat – Gemeinden erstellen



67. Den Ausbau der erneuerbaren Energien vorantreiben



Wohnungsbau: wichtige Akzente, doch vieles bleibt zu tun...

Die Diskussion über die Wohnungsbaupolitik dieser Regierung wird derzeit sonder Zweifel äußerst kontradiktorisch geführt. Im Rahmen dieses Dokumentes sollen jene Aspekte angesprochen werden, die im Rahmen des Mecoskop als Versprechen im Sinne der nachhaltigen Entwicklung, mit Schwerpunkt Ökologie, erstellt wurden.

Der sektorielle Plan Wohnungsbau wurde in Erwartung der Reform des Landesplanungsgesetzes noch nicht veröffentlicht, die Förderung ökologischer Bauweisen wurde in eine Gesetzesreform des Wohnungsbaus integriert, wobei jedoch die zentralen Ausführungsreglemente noch fehlen.

Insofern: eine gemischte Bilanz der Umsetzung der Koalitionsversprechen. Allerdings muss man Wohnungsbauminister Marco Schank zu Gute halten, dass zwei zentrale Maßnahmen im neuen Gesetzesprojekt zum Wohnungsbau angegangen wurden, die nicht im Koalitionsabkommen standen: einen besseren Zugang von Personen mit weniger Einkommen an staatliche Subventionen sowie die Einführung ökologischer Kriterien im Rahmen der Wohnungsbauhilfen.

Demnach: aus ökologischer Sicht wurden erste Akzente gesetzt, aber eine weitaus zielorientiertere, landesplanerisch legitimierte, soziale und nachhaltigkeitorientierte Wohnungsbaupolitik stellt ohne Zweifel eine der zentralsten politischen Herausforderungen der nächsten Legislaturperiode dar. Dazu gehören u.a. die Mobilisierung schon ausgewiesener Bauflächen und die Förderung neuer Siedlungsformen.

22. Vorantreiben des sektoriellen Planes „Wohnungsbau“



23. Förderung ökologischer Bauweisen gewährleisten



Mobilität: Zahlreiche Planungsentwürfe mit wenig Auswirkungen vor Ort...

Die Analyse im Bereich Mobilität lässt sich wie folgt zusammenfassen: Einige Versprechen des Koalitionsabkommens wurden angegangen, neue Strategien dargelegt, aber die Umsetzung in die Praxis ist doch eher frustrierend. Für die täglichen Nutzer der öffentlichen Transportmittel sind die vermeintlichen Verbesserungen mit einigen wenigen Ausnahmen kaum spürbar.

So wurde zwar positiverweise der Umbau des Bahnhofes Luxemburg umgesetzt, die „centrale de mobilité Grande Région“ geschaffen und am Aktionsplan „mobilité douce“ gearbeitet.

Überarbeitet wurde – auch wenn dies nicht in dieser Form im Koalitionsabkommen vorgesehen war – das bisherige Mobilitätskonzept « mobil2020.lu » der vorherigen Regierung, wobei es durch ein neues weitergehendes Konzept « MoDu » ersetzt wurde.

Jedoch wurde so manche andere im Koalitionsabkommen angeführte Maßnahme nur begrenzt angegangen bzw. harrt noch ihrer konkreten Umsetzung in der Praxis: z.B. eine Verbesserung der Zusammenarbeit mit Gemeinden, die Gestaltung eines attraktiveren Busangebotes, eine strukturelle Verbesserung der Mobilität in der Grenzregion.

Eine Analyse aus der Sicht des „Glas ist halb voll“ würde bedeuten anzuerkennen, dass in dieser Legislaturperiode verstärkt Akzente und Vorbereitungen getroffen wurden, damit die nächste Regierung in der Mobilitätspolitik vorankommen kann. Eine Aussage aus der Sicht des „Glas ist halb leer“ würde eher in die Aussage münden: erneut sind es in erster Linie Versprechen und Pläne ...

Minister Claude Wiseler kann man demnach zugute halten, dass er kohärente Planungskonzepte angegangen ist und eine Reihe positiver Initiativen ergriffen hat. Finanzielle Prioritäten zu definieren, Umsetzung zentraler Planungen, öffentliche Diskussion regionaler Mobilitätskonzepte und deren konkrete Umsetzung, die Verabschiedung des Gesetzes zum Bau der modernen Stadtbahn u.a.m. sind nun die anstehenden Herausforderungen der nächsten Regierung!

38. Reduktion des Tanktourismus anstreben



39. Ausbau des öffentlichen Transportes erreichen



40. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Mobilitäts-Bereich konsequent ausbauen



41. Strategie « mobil2020 » umsetzen



42. Umsetzung des sektoriellen Planes Transport vorantreiben



43. Finanzprioritäten im Mobilitätsbereich



44. Zusammenarbeit Gemeinden/Staat im Mobilitätsbereich ausbauen



45. Modernisierung und Ausbau der Schieneninfrastrukturen gewährleisten



46. Bau der modernen Stadtbahn und der Peripherbahnhöfe vorantreiben



47. Aus- bzw. Umbau des Hauptbahnhofes Luxemburg-Stadt angehen



48. Machbarkeitsstudie über moderne Stadtbahn im Süden des Landes durchführen



49. Verbesserung der Mobilität in der Grenzregion gewährleisten



50. Schaffung einer « Centrale de Mobilité Grande Région » angehen



51. Bessere Organisation des öffentlichen Transportes durch den Verkehrsverbund gewährleisten



Aktualitéit

52. Bus-Leitsystem einsetzen



53. Entwicklung des Flughafens im Interesse der Anrainer steuern



54. Abstimmung potentieller Straßenbauprojekte mit Landschaftsschutzaspekten



55. Aktionsplan «mobilité douce» umsetzen



56. Busangebot weitaus attraktiver gestalten



Klima und Energie: Trotz großer Bedeutung - auch für die Wirtschaft - kein zentrales Thema der gesamten Regierung

Die Analyse der Umsetzung der Koalitionsversprechen aus diesem Bereich lässt sich grob wie folgt resümieren: einiges hat sich durchaus getan, ohne dass aber der Eindruck einer kohärenten Regierungspolitik entstände, deren Priorität Klimaschutz und nachhaltige Energiepolitik ist.

So wurden z.B. unter der Verantwortung von Minister Marco Schank positiverweise der Klimapakt mit den Gemeinden erstellt und die Subventionen für Altbausanierung und energiesparende Neubauten verbessert. Es erfolgte unter Minister Claude Wiseler durchaus eine Erfassung des staatlichen Gebäudebestandes mit einer Analyse aus energetischer Sicht, einzelne öffentliche Bauten wurden auch saniert. Die Wärmeschutzverordnungen für Neubauten wurden unter Jeannot Krecké und Etienne Schneider verschärft, auch die Beratungsstruktur myenergy ausgebaut.

Positiv ist auch zu werten, dass sich die Regierung mit einer gewissen Konsequenz für die Schließung grenznaher Atomkraftwerke stark machte, u.a. durch eine diplomatische Mission nach Paris.

Aber: eine kohärente Energie- und Klimaschutzpolitik ist nun einmal weitaus mehr. Sie erfordert das Eintreten für deren Ziele aller Ministerien. Und hier ist die Bilanz eher negativ, was auch die sicher gut gemeinte Initiative „Klimapartenariat“ des MDDI nicht verstecken konnte, eher im Gegenteil.

So wurde zwar, basierend auf den Schlussfolgerungen der Regierung in diesem Prozess, ein 2. Nationaler Klimaschutz-Aktionsplan erstellt. Bisher aber ohne große Auswirkung in der Praxis, wohl da etliche Ministerien sich hier nicht in die Pflicht genommen fühlen.

Der im Koalitionsabkommen angekündigte schrittweise Ausstieg aus dem Tanktourismus wurde nicht angegangen, der Ausbau der erneuerbaren Energien nur ansatzweise vorangetrieben. Die angestrebten Ziele im Bereich Minderung der Treibhausgasemissionen wurden nicht erreicht, jene des staatlichen Aktionsplans Erneuerbare Energien erscheinen mittelfristig weiterhin in weiter Ferne. Besonders effizienten großen Solaranlagen wurde sogar der garantierte Einspeisetarif gestrichen, auch unter dem Argument zu hoher Strompreise für private und vor allem industrielle Verbraucher.

Gleichzeitig war für Wirtschaftsminister Etienne Schneider die Energieeffizienz im Industrie- und Dienstleistungssektor kein prioritäres Thema. Und der Entwurf einer Energiestrategie für unser Land verschwand zuerst jahrelang in der Schublade, bevor er Ende Juni seitens des Wirtschaftsministeriums wieder thematisiert wurde.

Eine gemischte Bilanz demnach.

Der Mouvement Ecologique erwartet, dass die Thematik des Klimaschutzes und der Energiepolitik mit all ihren Aspekten wie z.B. Effizienz, erneuerbare Energien oder Anpassung an den Klimawandel aus ihrem Schattendasein herausgenommen wird ... und eine zentrale Stellung innerhalb der anstehenden Wahlprogramme und der zukünftigen Regierungsar-

beit bekommt. Dies auch angesichts ihrer Wichtigkeit für den Wirtschaftsstandort Luxemburg.

38. Reduktion des Tanktourismus anstreben



57. Nationales CO2-Reduktionsziel und Erstellung eines nationalen Aktionsplanes angehen



58. Erstellung eines «Anpassungsplanes» an die Klimaveränderungen



59. Einen Klimacheck für Regierungsentscheidungen einführen



60. Altbausanierung voranbringen



61. Ausbau der Energieberatungs-Agentur «My Energy» sowie der Energieberatung gewährleisten



62. Öffentliche Gebäude im Rahmen eines pluriannuellen Finanzplanes sanieren



63. Beim Bau öffentlicher Gebäude eine weitgehende Energieeffizienz konsequent durchsetzen



64. Förderung energieeffizienter Bauten in Gemeinden sicherstellen



65. Integration ökologischer Kriterien in Flächennutzungsplänen gewährleisten



66. Klimapakt Staat – Gemeinden erstellen



67. Den Ausbau der erneuerbaren Energien vorantreiben



68. Ausbau der erneuerbaren Energien als Wirtschafts- und Forschungsfaktor



69. Bau öffentlicher Gebäude nach energetischen Standards sicherstellen



76. Energieeffizienz vorantreiben



77. Strategieplan zum Ausbau der erneuerbaren Energien umsetzen



weicht, in dem das Wirtschaftsministerium den Anschluss an das französische Stromnetz und Cattenom verteidigt hat...

Positiverweise wurde aber z.B. „My Energy“ als wichtiger Impulsgeber und Beratungsinstanz aufgebaut.

Dabei kommt einer Integration der Nachhaltigkeitsaspekte in die Wirtschaftspolitik eine zentrale Bedeutung zu. Wie soll Klima- und Energiepolitik vorangetrieben werden, wenn nicht auch im ökonomischen Sektor? Wie soll eine Ökologisierung des Standortes erfolgen – wie auch eine Zukunftssicherung in diesem Bereich? Wie eine Diversifizierung und Stärkung des Standortes im Bereich nachhaltige Entwicklung erreichen?

Demnach: Es ist schlichtweg auch aus wirtschaftspolitischer Sicht ein Must, eine weitere Diversifizierung des Standortes Luxemburg auch im Bereich der Nachhaltigkeit anzustreben. Zukunftsweisende Visionen und Projekte für die Luxemburger Wirtschaft – und auch den Mittelstand – sollten die nächste Legislaturperiode kennzeichnen.

70. Ausbau der Grünen Informatik angehen



71. Ausbau des Wirtschaftsstandortes im Sinne einer «croissance verte»



72. Wohlstandsindikator für Luxemburg erstellen



73. Prospektion im Bereich der Umwelttechnologien ausbauen



74. Sektoriellen Plan „Aktivitätszonen“ vorantreiben



75. Förderung umweltschonender Produkte gewährleisten



76. Energieeffizienz vorantreiben



77. Strategieplan zum Ausbau der erneuerbaren Energien umsetzen



78. Elektromobilität in Luxemburg gezielt entwickeln



79. An Ablehnung der Atomkraft festhalten



80. Die nationale Energieberatungsstruktur « My Energy » fortentwickeln



Landwirtschaft: Verharren in tradierten Denkschemen

Die Bilanz von Landwirtschaftsminister Romain Schneider betreffend die Umsetzung der Vorgaben im Bereich „nachhaltige Entwicklung“ ist als eher sehr bescheiden einzustufen. Abgesehen vom Bereich „Gentechfreie Landwirtschaft“ (wo das Ministerium sehr konsequent handelte) und erster Akzente im Bereich Biolandbau, wurden die Versprechen des Koalitionsabkommens kaum umgesetzt. Die Harmonisierung der Labels im Lebensmittelbereich wurde nicht angegangen (im Gegenteil, ein neues Label wurde eingeführt), es erfolgte keine reelle Stärkung des Natur- und Wasserschutzes in der Landwirtschaft, die Rolle der Landwirtschaft im Bereich erneuerbare Energien wurde kaum gestärkt, die Reform des „Remembrement“ zwar begonnen, aber nicht fortgeführt...

Diese und die nächste Regierung sowie die Parteien müssen sich fragen lassen, inwiefern sie wieder Transparenz in La-

Wirtschaft: ungenügende Akzente im Sinne der nachhaltigen Entwicklung!

Die Bewertung der Umsetzungen der Versprechen im Bereich nachhaltige Entwicklung durch das Wirtschaftsministerium bzw. Minister Etienne Schneider ist eher ernüchternd.

Die im Koalitionsabkommen eingegangenen Versprechen wurden nur recht begrenzt angegangen. Der Ausbau des Wirtschaftsstandortes im Bereich der „croissance verte“, die Prospektion im Bereich der Umwelttechnologien, die Förderung umweltschonender Produkte, das Vorantreiben der Energieeffizienz, die Umsetzung des Strategieplanes erneuerbare Energien wurden nur in begrenztem Ausmaß angegangen, zumindest soweit dies öffentlich ersichtlich ist. Leider hat sein Vorgänger und auch er selbst das Festhalten an der Ablehnung der Atomkraft aufge-

Mecoskop

bels der Luxemburger Lebensmittel bringen wollen, welche Landwirtschaft angestrebt wird und wie sie mit Natur- und Landschaftsschutz verknüpft werden kann... Der neue „plan de développement rural“ wird – in Folge der EU-Agrarreform – dabei von vorrangiger Bedeutung sein: dieser muss, wie es auch die EU vorschreibt, gemeinsam mit allen Akteuren erstellt werden. Es gilt zudem die Verbindung zwischen Produzent und Konsument zu stärken.

34. Für einen verstärkten Naturschutz in der Agrarlandschaft



81. Ausbau des Biolandbaus vorantreiben



82. Stärkung des Natur- und Wasser-schutzes in der Landwirtschaft gewährleisten



83. Die Rolle der Landwirtschaft im Bereich der erneuerbaren Energien stärken



84. Förderung von Qualitäts- und regionalen Produkten



85. Harmonisierung der Labels herbeiführen



86. Reform der Praxis des „remembrement“ gewährleisten



87. Für eine gentech-freie Luxemburger Landwirtschaft



Umweltschutz: kein prioritäres Thema des Nachhaltigkeitsministeriums

Die Umweltschutzpolitik im engeren Sinne stagniert derzeit... Das Versprechen von Claude Wiseler die Entwicklung des Flughafens im Interesse der Anrainer zu steuern wurde nicht grundsätzlich angegangen, trotz der Einführung von Lärmschutzmaßnahmen... Ein Bonus-Malus System für bestimmte Produkte nicht eingeführt; der Bodenschutz und die Altbausanie rung nicht nur auf Planungsebene vorangetrieben; Luxemburg erhielt zwar ein neues Abfallwirtschaftsgesetz, dessen Umsetzung in die Praxis jedoch noch zu begrenzt ist. Positiv ist die Fortführung des Oekotopen-Projektes, des Beratungstools für umweltschonende Produkte.

Ein zentraler Lichtblick wäre eine Reform der Umweltverwaltung, die ebenfalls in den sukzessiven Koalitionsverträgen der letzten Regierungen als Notwendigkeit angeführt wird. Gemäß Aussagen des delegierten Ministers Marco Schank gibt es zwar ein Reformprojekt basierend auf zwei externen Audits und einer internen Analyse. Nach Außen hin ist jedoch nichts bekannt ... auch wurde bis dato nicht mit gesellschaftlichen Akteuren gesprochen, welche Erwartungen sie an die Reform knüpfen. Dabei ist diese Reform die zentrale Forderung im Bereich Umweltpolitik schlechthin... ohne Reform, ohne weiteres Personal kann keine effiziente und proaktive Umweltpolitik betrieben werden.

Umweltpolitik bedeutet nicht nur Gesundheitsschutz, Stärkung der Lebensqualität, sondern ist auch ein zentraler Punkt einer zukunftsorientierten Mittelstands- und Wirtschaftspolitik, welche u.a. die Bedeutung des Ressourcenschutzes erkannt hat. Insofern sollte ihr in der nächsten Regierung eine oberste Priorität beigemessen werden, aus ökologischer und ökonomischer Sicht. Voraussetzung für einen höheren Stellenwert ist die Reform der entsprechenden Verwaltung !

23. Förderung ökologischer Bauweisen gewährleisten



53. Entwicklung des Flughafens im Interesse der Anrainer steuern



75. Förderung umweltschonender Produkte gewährleisten



88. Reform der Umweltverwaltung durchführen



89. Fortführung des Projektes „Oekotopen“



90. Einführung eines Bonus-Malus-Systems für bestimmte Produkte



91. Bonus-Malus-System zur Förderung umweltschonender Produkte einsetzen



92. Integration ökologischer Kriterien in die Flächennutzungspläne (PAG)



93. Bodenschutz und Altlastensanierung vorantreiben



94. Abfallwirtschaftspolitik pro-aktiv gestalten



Wasserwirtschaft: EU-Vorgaben konnten nicht ausreichend umgesetzt werden

Minister Jean-Marie Halsdorf hat auch auf der Ebene der Wasserwirtschaft ein Umsetzungsproblem. Das Erreichen des guten Zustandes der Gewässer bis 2015, die Bildung neuer Kooperationen auf der Ebene der Trinkwasserversorgung und Abwasserwirtschaft, die Schaffung von Trinkwasserschutzzonen ... alle diese Versprechen des Koalitionsabkommens wurden nur begrenzt angegangen. Der Minister hat sich vielmehr während fast der gesamten Legislaturperiode an einer leidigen Wasserpreisdiskussion aufreiben lassen.

Die Konsequenz: Luxemburg muss Strafen wegen nicht Umsetzung von EU-Vorgaben zahlen, wichtige Ziele der Wasserwirtschaft werden verfehlt, die Akzeptanz diverser Maßnahmen – z.B. auch auf Gemeindeebene – schwindet.

Wasserschutz ist ein lebensnotwendiges Gut. Die in Luxemburg schon fast sträflich vernachlässigte Wasserwirtschaftspolitik muss endlich an Stellenwert gewinnen, nicht zuletzt auch, damit wir unsere EU-Vorgaben endlich umsetzen. Hierzu ist auch eine Analyse notwendig, warum sich eine zeitgemäße Wasserwirtschaftspolitik bis dato nur begrenzt durchsetzen konnte.

95. Umsetzung des Wasserschutzgesetzes gewährleisten



96. Neue Kooperationen auf der Ebene der Trinkwasserversorgung und der Abwasserwirtschaft schaffen



97. Erreichen des guten Zustandes bis 2015 gewährleisten



98. Schaffung von Trinkwasserschutzzonen vorantreiben



99. Partnerschaften mit allen Akteuren der Wasserwirtschaft eingehen



Schlussfolgerungen

Die vorliegende Analyse erfolgte aufgrund der Vorgaben, die sich die Regierung selbst im Rahmen des Koalitionsabkommens gab, dies ausschließlich im Bereich der nachhaltigen Entwicklung. Es sei noch einmal darauf hingewiesen, dass sie sich auf die Informationen stützt, die zum Zeitpunkt der Verfassung des Dokumentes öffentlich zugänglich waren.

Auch wenn es sich letztlich um eine "verkürzte" Legislaturperiode handelte und ggf. noch eine Reihe von Koalitionsvorhaben hätten durchgesetzt werden können:

Die Bilanz dieser Regierung hinsichtlich ihrer selbstgemachten Versprechen in Sachen nachhaltige Entwicklung ist letztlich enttäuschend. Diese Regierung konnte den von ihr selbst gesteckten Zielen nicht im vorgenommenen Ausmaß gerecht werden.

Die Akzente, die gesetzt wurden, gilt es natürlich anzuerkennen!

Jedoch: sie fallen – gemessen am Anspruch des Koalitionsabkommens selbst und angesichts der gesellschaftlichen Herausforderungen – allzu bescheiden aus. Vor allem mangelte es – nach Ansicht des Mouvement Ecologique – dieser Regierung an Prioritätensetzungen ... und wohl auch an gesellschaftlichen Visionen der Nachhaltigkeit. Dominiert hat in Luxemburg scheinbar bis dato ein gewisser Alltagspragmatismus, der es nicht erlaubt hat, die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu sichern.

Sogar in Bereichen, wo die Fehlentwicklungen festgestellt wurden – so z.B. im Rahmen des Monitorings des IVL – wurde in einem gewissen Sinne eine Vogel-Straußpolitik durchgeführt, statt die Thematik pro-aktiv anzugehen. Dieses Land hat somit zweifellos ein regelrechtes "governance"-Problem.

Insofern erwartet der Mouvement Ecologique, dass in den anstehenden Wahlzeiten Entwicklungsdefizite konsequent hinterfragt und nachhaltige Zukunftsvisionen entwickelt bzw. diskutiert werden. Voraussetzung dafür sind die Bereitschaft über ein sogenanntes neues "Modell Luxemburg" nachzudenken und der Wille, heutige Entscheidungsprozesse zu demokratisieren. Luxemburg braucht einen Aufbruch in Richtung Bürgergesellschaft des 21. Jahrhunderts.

Die 99 Versprechen des Mecoskop werden in 4 Phasen der Umsetzung bewertet:

Der «Kopf des jeweiligen Politikers»:



– befindet sich auf der linken Seite, im roten Bereich: bis dato erfolgte nichts.



– Er rückt eine Position weiter: Die Umsetzung wurde angegangen



– Er befindet sich in Stufe 3: Die Umsetzung ist weit fortgeschritten



– Der Kopf befindet sich ganz auf der rechten Seite: das Versprechen ist umgesetzt.



Ferienzeit – auch für den Stromzähler

Schon ein kurzer Urlaub erlaubt bei energieintensiven Geräten mit dem Rausziehen des Steckers Strom zu sparen. Das Abschalten von Warmwasserspeichern, wie z.B. Wasserboiler, lässt den Stromzähler gleich langsamer drehen. So kann besonders bei älteren Geräten binnen weniger Tage einiges an Strom gespart werden, wenn diese ganz vom Netz genommen werden. Laut einer europäischen Untersuchung zum Stromverbrauch privater Haushalte wurden auch die Standby-Verluste in rund 1300 Haushalte gemessen, wobei ein durchschnittlicher Haushalt 169 kWh Strom pro Jahr allein für Standby und augenscheinliches „Aus“ verbraucht hat. Dies entspricht circa 6,3% des jährlichen Stromkonsums eines durchschnittlichen Haushalts.

Auch wenn Geräte per Knopfdruck vermeintlich ganz abgeschaltet werden, strömt immer noch Strom durch die Leitungen. Besonders bei elektronischen Apparaten wie Computern, Drucker, Auflade-Stationen von kabellosen Geräten kann auch beim Drücken vom Abschaltknopf immer noch Strom verbraucht werden. Displays von Büro- und Haushaltsgeräten wie Mikrowellengeräte, oder Schutzfunktionen wie bei Waschmaschinen schlucken heimlich Energie die während ihrer Abwesenheit gar nicht benötigt werden. Fernseher und

HiFi-Anlage stehen auch ständig unter Strom. Praktisch sind hier Steckleisten an denen man alle Geräte mit einem einzigen Handgriff vom Netz holt. Eine Geste die vielleicht auch nach den Ferien zur Gewohnheit wird und weiter Stromsparen hilft.

Heizungsanlagen sollten auf jeden Fall abgeschaltet werden da sonst die Installation während dem ganzen Urlaub in Bereitschaft steht um warmes Wasser zu fördern.

Etwas anders sieht es bei den Kühl- und Gefriergeräten aus. Da bei längerer Abwesenheit der Kühlschrank wahrscheinlich -fast- leer ist, kann man das Gerät auf weniger kalt stellen. Vielleicht ist aber vor den Ferien das schon lange benötigte Abtauen des Gefriergerätes fällig. Hier sollte man dann aber während der Abwesenheit das Gerät offen halten um Restfeuchte entweichen zu lassen, da sonst Schimmel entsteht. Spül- und Waschmaschinen sollten während längerer Auszeit auch leicht geöffnet bleiben um schlechten Geruch und Bakterienbildung durch Restfeuchte zu vermeiden.

Sollten Sie akkubetriebene Geräte haben (z.B. Pedelecs), meiden Sie während des Urlaubs eine Tiefentladung der Akkus, da diese sonst beschädigt werden können. Am besten ist es Akkugeräte zu

3/4 aufzuladen und danach das Aufladegerät vom Netz zu nehmen. So sind die Geräte nach ihrem Urlaub wieder gleich einsatzfähig.

Bei Benutzung einer automatischen Sicherheits- oder Lichtanlage welche Abends zu vorprogrammierten Stunden das Licht ein- und ausschaltet, denken Sie dran beim eventuellem Austausch von Leuchtmitteln, energieeffiziente LED-Glühbirnen zu benutzen. LED's sind in vielen Fällen nicht nur effizienter, die ganze Leuchtkraft steht auch binnen einer Sekunde zur Verfügung. Ältere Sparlampen verbrauchen besonders während der Aufwärmphase etwas mehr Energie.

Einen kurzen Rundgang durch die Wohnung, bevor man in Urlaub fährt ist immer anzuraten. Ist die Kaffeemaschine, das Licht im Badezimmer oder das Kochfeld wirklich aus?

Weitere Informationen zu den energieeffizientesten Elektrogeräten auf www.oekotopten.lu

Camille Muller, camille.muller@oeko.lu
Projektbegleiter www.oekotopten.lu
Tel.: 43 90 30-46 - Fax: 43 90 30-43

www.oekotopten.lu

Ekologesch Landwirtschaftsberodung des OekoZentrum Pafendall und der Jongbaueren a Jongwënzer vertreten auf der Foire Agricole

Auch in diesem Jahr war die «Ekologesch Landwirtschaftsberodung» wieder präsent auf der FAE in Ettelbrück.

Vorgestellt wurden die Zwischenergebnisse des Projekts „Eine Eiweißstrategie für Luxemburg“, in dem es darum geht Eiweißfutter regional zu produzieren und so den Import von gentechnisch verändertem Soja zu minimieren. Gemeinsam mit 9 engagierten Junglandwirten wurden Strategien entwickelt, um die betriebliche Eiweißautarkie nachhaltig zu steigern. Auf einem der Pilotbetriebe konnte der Beratungseffekt bereits ausgewertet werden. Der Betrieb ersetzte das Futterstroh in der Ration der 65 Milchkühe durch Luzerne die bislang an Jungrinder und Mutterkühe verfüttert wurden. Dadurch konnte bei gleichbleibender

Milchleistung der Einsatz von konzentriertem Eiweißfutter (u.a. Soja) um jährlich 8100 kg reduziert werden. Indirekt schützt der Betrieb so eine Fläche von mind. 15.000 qm Regenwald, die nun nicht mehr für den Sojaanbau gebraucht wird und verringert gleichzeitig seine Futterkosten um rund 3500 Euro / Jahr. Interessant waren auch die Versuchsergebnisse 2012, in denen Soja regional angebaut und einsiliert wurde. 2013 wird Soja als Mischkultur gemeinsam mit Mais angebaut. Aber auch heimische Kulturen werden im Gemengeversuch Ackerbohne mit Hafer untersucht.

Dem Nachwuchs wurde das Thema in einem Kinder-Workshop zum Thema „Leguminosen“ näher gebracht. Die Kinder lernten verschiedene Leguminosen, wie Klee, Erbse und Bohne zu erkennen und zu unterscheiden. Dabei wurde auch gezeigt, was

sich im Boden zwischen Pflanzen und Bakterien abspielt. Die Knöllchenbakterien wurden genau unter die Lupe genommen und es wurde erklärt, wie diese aus Luft Dünger herstellen.

Die Foire Agricole ist eine wichtige Plattform für die Umweltbildung von Groß und Klein und ermöglichte intensive Gespräche mit vielen Akteuren in der Landwirtschaft.



*D'Büroen vum OekoZentrum Pafendall sinn zou
vum 12. August bis den 23. August 2013.*

Mir wënschen Iech eng ganz schéin an erhuelensam Vakanz!



D'A.s.b.l Lëtzebuergesch Vélos-Initiativ (LVI) engagiert sech zënter 28 Joer fir d'Promotioun vum Vélo am Alldag a sicht een/eng:

Secrétaire/Comptable

20 Stonnen d'Woch, CDD 1 Joer, flexibel Aarbechtszäiten

Äre Profil:

- Analytesch Comptabilitéit
- Administrativ Aarbechten
- Lëtzebuergesch, Däitsch, Franséisch an Englesch
- Interesséiert um Thema Vélo

Schéckt Är Demande mat Liewenslaf bis den 30. August 2013 un:
LVI, 4 rue Vauban, L-2663 Lëtzebuerg oder un lvi@velo.lu.



**mouvement
écologique**

Mouvement Ecologique a.s.b.l.

4, rue Vauban
L-2663 Luxembourg/Pfaffenthal

Tel.: 43 90 30-1
Fax: 43 90 30-43

Mail: meco@oeko.lu
www.oeko.lu

Herausgeber